

II-4241 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG



GZ 10.001/94-Parl/91

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER

Parlament
1017 Wien

1751/AB
1991 -12- 19
zu 1806 II

MINORITENPLATZ 5
A-1014 WIEN
TELEFON
(0222) 531 20-0
DVR 0000 175

Wien, 17. Dezember 1991

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 1806/J-NR/91, betreffend "Existenzlektoren", die die Abgeordneten Mag. Dr. Madeleine PETROVIC und Genossen am 30. Oktober 1991 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Die Fortsetzung der "Lektorenaktion" ist ein notwendiger Bestandteil der Reformmaßnahmen für die Universitäten und Kunsthochschulen.

Aufgrund der Entschliebung des Nationalrates zu den "Existenzlektoren" aus dem Jahr 1990 wurde diese Frage wie in den vergangenen Jahren immer wieder in die Budget- und Stellenplanverhandlungen eingebracht, bisher konnte jedoch keine Übereinstimmung zwischen dem Bundeskanzleramt, dem Bundesministerium für Finanzen und dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung erzielt werden.

Folgende Bedingungen wurden zuletzt an eine Planstellenaufstockung zur Sanierung der "Existenzlektoren" geknüpft:

1. Budgetneutralität,
2. Verhinderung neuer "Existenzlektoren" nach einer allfälligen Bereinigung der derzeitigen Fälle und
3. Sanierung der "Existenzlektoren" aus dem im Stellenplan 1991 genehmigten Kontingent von 1100 zusätzlichen Planstellen

- 2 -

ad 1)

Diese Forderung sollte erfüllbar sein. Budgetneutralität kann aber nach Ansicht des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung nur so verstanden werden, - und diesbezüglich konnte bisher noch keine Einigung erzielt werden - daß nur die in Bundeslehrer-Dienstverhältnisse umzuwandelnden Lehrauftragsstunden nicht nochmals als remunerierte Lehraufträge vergeben werden. Bei insgesamt steigendem Bedarf an Lehrveranstaltungen wird mit oder ohne Fortsetzung der "Lektorenaktion" gerechtfertigter Zusatzbedarf an Planstellen bzw. Lehraufträgen anzuerkennen sein.

ad 2)

Eine Zusage zu dieser Bedingung war nicht sofort möglich, da steigende Studentenzahlen zusätzliche Lehrveranstaltungen erfordern, jedoch kein beliebig erweiterbarer Kreis an geeigneten Personen zur Verfügung steht, sodaß besonders qualifizierte Künstler erforderlichenfalls auch eine höhere Zahl an Lehrauftragsstunden erhalten müssen, in Einzelfällen könnte das einer vollen Lehrverpflichtung eines Bundeslehrers entsprechende Ausmaß erreicht werden.

Prinzipiell wäre das Problem durch Zuweisung eines Kontingents mit einer ausreichenden Zahl zusätzlicher Stellen zu lösen. Mit einer nochmaligen Fortsetzung dieser Aktion bei Entstehen neuer "Existenzlektoren" könnte dann - dies haben inzwischen auch die Interessenvertreter der Hochschullehrer zur Kenntnis genommen - nicht mehr gerechnet werden.

ad 3)

Bei dieser Bedingung stand offenbar die Optik des Stellenplanes im Vordergrund. Diese Bedingung konnte nicht erfüllt werden, da das zugewiesene Zusatzkontingent an Planstellen ausschließlich für die Kapazitätserhöhung an den Universitäten und Kunsthochschulen zu verwenden war, während die "Lektorenaktion" keine Kapazitätserhöhung (siehe Bedingung 1), sondern eine sozial motivierte Maßnahme bedeutet.

- 3 -

Allein an den Kunsthochschulen ist von einem Bedarf von mindestens 200 Planstellen auszugehen; an den Kunsthochschulen wurden insgesamt aber nur 70 Planstellen neu geschaffen, aus denen der dringendste Bedarf in allen Personalkategorien abzudecken war.

1. Wann wird das Problem der "Existenzlektoren" im Sinne der EntschlieÙung des Nationalrates vom Juni 1990 endlich gelöst?

Antwort:

Ein konkreter Termin für die Lösung der "Lektorenfrage" ist derzeit nicht absehbar. Es wurde wieder ein Antrag gestellt, die Gespräche sind nicht abgebrochen. Für die Sanierung der "Existenzlektoren" ist ein Sonderkontingent an Planstellen unabdingbar, da die Möglichkeiten der Abdeckung des Zusatzbedarfes der Universitäten und Kunsthochschulen zur Kapazitätserhöhung nicht geschmälert werden darf. Es wird daher weiter verhandelt.

2. Auch im privaten Bereich schreitet die Aushöhlung arbeits- und sozialrechtlicher Errungenschaften durch mißbräuchliche Anwendung von Werkverträgen zur Abgeltung regelmäßiger Dienstleistungen sowie Schwarzarbeitsverhältnisse voran; fürchten Sie nicht, daß rechtlich bedenkliche Konstruktionen wie bei den "Existenzlektoren" durch ihre schlechte Vorbildwirkung derartige Umtriebe noch begünstigen könnten?

Antwort:

Die Befürchtungen bezüglich der negativen Auswirkungen auf den privaten Sektor kann ich nicht teilen, da die beschriebenen Verhältnisse bei objektiver Betrachtung nicht vergleichbar sind.

3. Im Rahmen der Vorstellungen zur Universitätsreform haben Sie auf die Notwendigkeit von Änderungen des Dienstrechtes der HochschulInnen hingewiesen; das Ziel einer erhöhten Motivation zu besseren Leistungen im Lehrbetrieb wurde dabei oftmals genannt. Hingegen wurde nicht auf die sicherlich nicht gerade leistungsfördernde völlige Schutzlosigkeit der auf jeweils nur für ein Semester bestehenden Lehraufträge angewiesenen "Existenzlektoren" Bezug genommen. Können Sie ausschließen, daß im Zuge der Bestrebungen zum Abbau unbefristeter pragmatisierter Dienstverhältnisse das Modell der "Existenzlektoren" zur Norm für Hochschullehrer werden könnte?

Antwort:

Die in der Anfrage vermutete Zielrichtung betreffend eine Reform des Hochschullehrer-Dienstrechts stimmt mit den Zielrichtungen, die ich verfolge, nicht überein.

4. Es hat sich wiederholtermaßen gezeigt, daß auch im Bereich des Wissenschaftsministeriums eine ausreichende Dotierung für inhaltlich keinesfalls unumstrittene Projekte, wie etwa das des österreichischen Kosmonauten, aufgebraucht wurde; ist die Lösung des Problems der "Existenzlektoren" mit demselben Nachdruck angestrebt worden wie das fast 200 Mio. öS teure Projekt Austro-MIR?

Antwort:

Die Problematik der "Existenzlektoren" läßt sich mit dem Projekt Austro-MIR nicht vergleichen, da es sich bei der Sanierung der "Existenzlektoren" weniger um ein Budgetproblem, sondern vor allem auch um eine Frage des Stellenplanes und die Bemühungen um Reduktion der Planstellen im Stellenplan des Bundes ganz allgemein handelt.

Der Bundesminister:

